



Rechtsausschuss

15. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2006

Landgericht Aachen
Adalbertsteinweg 90
52070 Aachen

13:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Die Punkte 10 „Medizinische Versorgung in Justizvollzugsanstalten und Untersuchungshaftanstalten“ und 11 „Information zu einem Strafverfahren vor dem Landgericht Essen gegen einen Angehörigen des allgemeinen Vollzugsdienstes wegen des Verdachts des Drogen- und Handyhandels“ sollen in der nächsten Rechtsausschusssitzung aufgerufen werden. Der Punkt „Verschiedenes“ wird neuer Punkt 10.

1 **Neubau des Justizzentrums Aachen**

1

hier: Projektvorstellung und Baustellenbesichtigung (*siehe Anlage*)

Axel Vedder, Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Aachen, stellt die Vorteile der Konzentration aller Justizbehörden vor Ort in einem Gebäude dar. Anschließend erklärt Dr. Bernd Scheiff, Vizepräsident des Landgerichts Aachen, anhand des Grundrisses des Justizzentrums die baulichen Gegebenheiten und die Nutzung der Gebäudeteile. Von 15 bis 16 Uhr besichtigt der Ausschuss die Baustelle des Justizzentrums.

2 Europäische Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung in der EUREGIO 6

- Bericht der Staatsanwaltschaft Aachen

Axel Vedder, Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Aachen, äußert sich zur Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden im grenznahen Raum. Lutz Bernklau, Oberstaatsanwalt und Leiter der Abteilung für organisierte Kriminalität bei der Staatsanwaltschaft Aachen, führt anschließend erfolgreiche Beispiele für diese Zusammenarbeit an. Danach berichtet W. P. Th. van de Ven, Oberstaatsanwalt in Maastricht und Leiter des Büros für Euregionale Zusammenarbeit (BES), über die Gründung, die Zusammensetzung, die Zielsetzungen, die bereits geleistete Arbeit und die Zukunft des BES.

3 Intensivtäterprojekt zur Jugendkriminalität 15

- Bericht der Staatsanwaltschaft Aachen

Axel Vedder, Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Aachen, schildert die Einführung des Intensivtäterprojekts. Manuela Faber, Oberstaatsanwältin und Leiterin der Abteilung für Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende der Staatsanwaltschaft Aachen, erläutert anhand von Beispielen die Ziele des Intensivtäterprojekts.

4 Prozesskostenhilfe muss verfassungskonform und sozial bleiben! 23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2718

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2718 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

5 Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2875

In Verbindung damit:

Eckpunkte des Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2864

Dieser Punkt soll am 28. Februar 2007 zur abschließenden Beratung und Abstimmung aufgerufen werden.

6 Wider den Staatsbankrott - Streichung des kreditverfassungsrechtlich en Ausnahmetatbestandes der „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ 24

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2578

Der Rechtsausschuss will sich nachrichtlich an der vom federführenden Haushalts- und Finanzausschuss angekündigten öffentlichen Anhörung am 22. März 2007 beteiligen. Eventuelle Vorschläge für Sachverständige und Fragen zur Anhörung sollen über die Obleute der Fraktionen im federführenden Ausschuss einfließen.

7 Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 30. November 2006 in Brüssel 24

Vorlage 14/799

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter ergänzt ihren schriftlichen Bericht mündlich.

8 Zusammenlegung von Amtsgerichten 25

- Bericht der Landesregierung

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter berichtet und beantwortet anschließend Fragen aus dem Ausschuss.

Seite

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 9 | Zusammenlegung der Finanzgerichte in Düsseldorf und Köln | 28 |
| | - Bericht der Landesregierung | |

Der Ausschuss verzichtet auf die Abgabe eines Votums.

- | | | |
|-----------|----------------------|-----------|
| 10 | Verschiedenes | 29 |
|-----------|----------------------|-----------|

4 **Prozesskostenhilfe muss verfassungskonform und sozial bleiben!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2718

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, dieser Antrag sei durch Plenarbeschluss vom 16. Oktober 2006 ausschließlich an den Rechtsausschuss überwiesen worden mit der Maßgabe, eine Beschlussempfehlung für das Plenum zu erarbeiten. Der Ausschuss habe in seiner Sitzung am 8. November 2006 erstmalig über diesen Antrag beraten und sich darauf verständigt, in dieser auswärtigen Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2718 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

5 **Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2875

In Verbindung damit:

Eckpunkte des Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2864

Beide Anträge, so **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, seien am 16. November 2006 vom Plenum an den Rechtsausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration zur Mitberatung überwiesen worden. Die abschließende Beratung und Abstimmung solle in öffentlicher Sitzung im Rechtsausschuss erfolgen. Die Mitberatungsfrist des AGFI ende am 1. Februar 2007. Nunmehr könnte eine erste Beratungsrunde durchgeführt und das weitere Beratungsverfahren festgelegt werden.

Christian Möbius (CDU) ist dafür, so schnell wie möglich über die Eckpunkte zu beraten und abzustimmen, damit der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts folgend bis Ende des Jahres 2007 ein Gesetz vorliegen könne. Das Justizministerium werde sicher einen Referentenentwurf einbringen, wozu dann Anhörungen durchgeführt werden müssten.

Vorsitzender Dr. Robert Orth macht deutlich, dass der Rechtsausschuss seine Beratungen mit Blick auf die Mitberatungsfrist des AGFI frühestens in der Sitzung am 28. Februar 2007 abschließen könne.

Frank Sichau (SPD) erklärt sich mit dem Terminvorschlag des Vorsitzenden einverstanden, will aber geklärt wissen, inwieweit nach der Geschäftsordnung im Ausschuss abgestimmte Eckpunkte Eingang in einen noch nicht vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung finden könnten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) regt an, die Ausschussberatungen parallel zur Entwicklung des Gesetzentwurfs zu führen und nicht vorher abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth schlägt seinerseits vor, diesen Punkt am 28. Februar 2007 zur abschließenden Beratung und Abstimmung aufzurufen. Damit hätte der Rechtsausschuss schnellstmöglich beraten. - Der **Ausschuss** erhebt keinen Widerspruch.

6 Wider den Staatsbankrott - Streichung des kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestandes der „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/2578

Vorsitzender Dr. Robert Orth weist darauf hin, dass dieser Antrag am 27. September 2006 vom Plenum an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden sei. Die Vorsitzende des federführenden Ausschusses habe mit Schreiben vom 4. Dezember 2006 mitgeteilt, dass der HFA am 22. März 2007 um 11 Uhr eine öffentliche Anhörung zu diesem Antrag durchführen werde. Entsprechend seinem Vorschlag gegenüber den Obleuten des Rechtsausschusses, so der Vorsitzende, sollte dieser sich nachrichtlich an der Anhörung beteiligen und eventuelle Vorschläge für Sachverständige beziehungsweise Fragen zur Anhörung über die Obleute der Fraktionen im federführenden Ausschuss einfließen lassen. - Der **Ausschuss** erhebt keinen Widerspruch.

7 Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 30. November 2006 in Brüssel

Vorlage 14/799

Vorsitzender Dr. Robert Orth verweist auf Vorlage 14/799, mit der das Justizministerium die Ergebnisse der am 30. November 2006 in Brüssel abgehaltenen Herbstkonfe-